

P R O T O K O L L
der 350. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 19. Februar 2013
Zeit	19.30 - 20.45 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Bärtschi Markus
Mitglieder	Aebersold Jürg, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Brügger Yong, Burkhard Fabian, Corti Andrea, Damke Andreas, Fitze Wehrle Barbara, Friedli Rolf, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Gubler Matthias, Hässig Vinzens Kornelia, Häusermann Martin, Humm Martin, Jordi Kevin, Kämpf Marcel, Kneubühler Peter, Lüthi Adrian, Mallepell Elisabeth, Marti Beat, Müller Frei Lisa, Näf-Piera Virtudes, Pulver-Schober Beatrice, Raaflaub-Minnig Ruth, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Sigrist Roman, Spycher Christian, Stettler Jürg, Thut Walter, Treier Hannes, Wegmüller Beat
Stimmenzählende	Grubwinkler Christa (a.o.), Näf-Piera Virtudes
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Soltermann Ernst, Leiter Umwelt + Verkehr
Entschuldigt abwesend	GGR: Kästli Marc, Manz Matthias, Reimers Markus GR: Pedinelli Stotz Daniela
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte

17

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 22. Januar 2013	21
2	Regionalkommission; Einsetzung einer nichtständigen parlamentarischen Kommission	21
3	Reglement über die Kindertagesstätte; Revision (Rückzug)	23
4	Teilrevision des Ortspolizeireglements; Hundetaxe	23
5	Ortsplanungsrevision; Aufhebung der parlamentarischen Kommission	26
6	Schulanlage Aebnit, Fensterersatz Pavillon Nord und Pavillon Süd; Kreditabrechnung	27
7	2. Standort Tagesschule in der Schulanlage Horbern; Abrechnung Objektkredit	27
8	Sporthalle Moos, Sanierung des Flachdachs; Kreditabrechnung	28
9	Motion Gautschi (forum); Unabhängige Prüfung Statik Moosturnhalle	28
10	Jugendmotion: Einführung des Jugendcafés (JUCA-Cafés) im "Gümü-Treffpunkt"	29
11	Motion Schmitter (FDP-Fraktion) zur Sanierung des Burgernzielkreisels und der dort hinführenden Achsen; Zwischenbericht	30
12	Motion/Postulat SP-Fraktion: Gezielte Förderung von Solaranlagen; Zwischenbericht	30
13	Motion Näf (SP): Stopp Fluglärm in der Nacht!	30
14	Postulat forum-Fraktion: "einheitliches" Schulwesen in der Gemeinde Muri bei Bern; Zwischenbericht	32
15	Postulat Kauth / Raaflaub (FDP) betr. "Sanierung" Füllerichstrasse, Gümligen	32
16	Informationen des Gemeinderats	33
17	Neue parlamentarische Vorstösse	36

Der Vorsitzende eröffnet die 350. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 37 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Gäste.

Für den entschuldigten Marc Kästli sei ein ausserordentlicher Stimmenzähler zu wählen und die FDP schlage Christa Grubwinkler vor. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Der Rat sei vor einiger Zeit dazu übergegangen, alle Abstimmungen nicht wie in der Geschäftsordnung vorgesehen durch Handerheben, sondern durch Aufstehen durchzuführen, um das Auszählen zu erleichtern. Tatsache sei aber, dass nur ein Bruchteil der Geschäfte so umstritten

sei, dass ein genaues Auszählen überhaupt erforderlich sei. Diverse Rückmeldungen und Bemerkungen von Ratsmitgliedern würden eine gewisse Unzufriedenheit damit zeigen, dass die Sitzungen phasenweise zu Turnübungen verkommen würden. Durch die Häufigkeit der Abstimmungen habe sich auch ein fast nicht mehr wahrnehmbares Entlasten der Sitzfläche eingebürgert, das den angestrebten Erfolg der vereinfachten Auszählung teilweise wieder zunichte gemacht habe. Er schlage deshalb vor, dass dies bis auf Weiteres differenziert und wie folgt gehandhabt werde: Grundsätzlich werde per Handzeichen abgestimmt. Sei eine genaue Auszählung erforderlich, sei ein Ergebnis unklar oder werde es von einem Ratsmitglied verlangt, so erfolge die Abstimmung bzw. die Nachzählung mit Aufstehen. Wenn dann aufgestanden werde, so werde dies richtig gemacht und so lange stehen geblieben, bis die Auszählung abgeschlossen sei. Im Übrigen könne auch bei der Handabstimmung jedes Ratsmitglied dazu beitragen, dass es keine Unklarheiten gebe, indem es ein deutliches Handzeichen gebe und die Hand oben lasse, bis die Stimmenzähler ihre Arbeit getan hätten.

Ruth Raaflaub (FDP) erklärt, sie wisse nicht, was gegen ein paar Turnübungen während der Sitzung einzuwenden sei. Sie stelle den Antrag, die Abstimmungen weiterhin durch Aufstehen durchzuführen, damit sich die Ratsmitglieder mindestens ein paar Mal bewegen würden.

Beschluss

Die Ratsmitglieder sprechen sich mit klarer Mehrheit für das vom Vorsitzenden beschriebene Vorgehen aus.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Der Vorsitzende erkundigt sich bezüglich der sich auf der Traktandenliste befindenden Jugendmotion, ob jemand von den Motionären anwesend sei, was nicht der Fall ist.

1 Protokoll der Sitzung vom 22. Januar 2013

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Regionalkommission; Einsetzung einer nichtständigen parlamentarischen Kommission

Der Vorsitzende orientiert, der Bericht des Büros des Grossen Gemeinderates liege schriftlich vor. Die GPK habe das Geschäft nicht traktandiert. Das Büro habe seine Überlegungen schriftlich dargelegt und verzichte auf eine mündliche Stellungnahme.

Das Wort wird vom Gemeinderat nicht verlangt.

Eintreten wird nicht bestritten.

Beat Marti führt aus, die forum-Fraktion erachte den Vorschlag als eine sehr gute Idee und sie unterstütze den Vorstoss. Das forum hoffe, damit die Ziele erreichen zu können, um bei der Regionalkonferenz in der Vorberatung mitarbeiten zu können.

Beat Schmitter erklärt namens der FDP/jf-Fraktion, es sei unbestritten, dass der Einfluss der Region – ob man wolle oder nicht – auf die Gemeinden zunehmen werde.

Umso wichtiger sei es für die Gemeinden und für die Parlamente, dass sie in der Region vernetzt seien. Das vom Büro vorgeschlagene Vorgehen und die Struktur für die Regionalkommission sowie die definierten Aufgaben würden nach Ansicht der Fraktion genau unseren Bedürfnissen entsprechen. Die FDP/jf-Fraktion stimme dem Antrag des Ratsbüros zu und bedanke sich für die präzise Aufarbeitung.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder vom Gemeinderat noch vom Büro GGR verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Für die Vorberatung und Begleitung der Geschäfte mit Bezug zur Region sowie für die Pflege der Kontakte und Beziehungen auf Parlaments- und Kommissionsebene innerhalb der Region wird gestützt auf Art. 17 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats anstelle der Geschäftsprüfungskommission eine 5 Mitglieder umfassende nichtständige parlamentarische Kommission eingesetzt.
 2. Die Kommission hat folgende Aufgaben zu erfüllen:
 - Kenntnisnahme aller Geschäfte der Regionalkonferenzen, an welchen sich die Gemeinde Muri bei Bern beteiligt;
 - Kenntnisnahme der ein- und ausgehenden Korrespondenz der Gemeinde im Zusammenhang mit den Regionalkonferenzen;
 - Beratung dieser Geschäfte auf Antrag des zuständigen Mitglieds des Gemeinderats oder eines Mitglieds der Kommission;
 - Vorberatung aller Geschäfte gemäss Art. 49 - 51 GO GGR;
 - Informations- und Ideenaustausch mit Vertretern anderer Gemeinden der Region und der Regionalkonferenzen;
 - Berichterstattung und Antragstellung betreffend Anpassungen des Auftrags und Form der Weiterführung zuhanden des GGR per Ende 2014.
 3. Die Kommission kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben die Mitglieder des Gemeinderats sowie die Angestellten der Verwaltung zur mündlichen oder schriftlichen Auskunftserteilung einladen.
Die Mitglieder können (und sollen) sich im Verhinderungsfall nach vorgängiger Mitteilung an das Kommissionspräsidium im Einzelfall durch ein anderes Mitglied derselben Fraktion vertreten lassen.
 4. Die 5 Kommissionssitze werden wie folgt zugeteilt:

2	Mitglieder	FDP/JF/EVP
1	Mitglied	SP
1	Mitglied	Forum
1	Mitglied	SVP
- (Sitzverteilung anhand der Stimmenanteile der Wahlen vom 25. November 2012)
5. Die Fraktionen/Parteien melden der Gemeindeschreiberei zuhanden des Büros des Grossen Gemeinderates ihre Wahlvorschläge für die laufende Legislatur bis zum 19. Februar 2013, damit die parlamentarische Kommission anlässlich der GGR-Sitzung vom 19. März 2013 gewählt werden kann.
 6. Aus der Mitte der Gewählten werden ein Präsidium und ein Vizepräsidium für jeweils ein Jahr gewählt; für das laufende Jahr erfolgen diese Wahlen ebenfalls an der GGR-Sitzung vom 19. März 2013.

Der Vorsitzende erklärt, soweit nicht bereits erfolgt, seien die Fraktionen aufgerufen, noch heute oder morgen bis 10.00 Uhr ihre Wahlvorschläge entsprechend der ihnen zustehenden Sitze Frau Pulfer zu melden. Die Allparteienkonferenz sei aufgefordert, einen Beschluss über die Rotation von Präsidium und Vizepräsidium zu fassen und

diesen rechtzeitig vor der nächsten Sitzung mitzuteilen, so dass im Anschluss an die Wahl der Mitglieder gemäss festgelegtem Proporz die Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das laufende Jahr vorgenommen werden könne.

3 Reglement über die Kindertagesstätte; Revision

Das Geschäft ist durch den Gemeinderat zurückgezogen worden.

4 Teilrevision des Ortspolizeireglements; Hundetaxe

Der Vorsitzende erklärt, der Gemeinderat habe seine Vorlage mit heutigem Versand bezüglich Absatz 2 neu formuliert. Man gehe nachfolgend vom abgeänderten Antrag des Gemeinderats aus; der ursprüngliche Antrag gelte als zurückgezogen, solange ihn nicht jemand neu wieder einreichen würde. Die GPK habe zu diesem Geschäft keinen Sprecher nominiert.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, der Kanton habe der Gemeinde eine Aufgabe neu aufgebürdet, indem er die gesetzliche Grundlage, eine Hundetaxe zu erheben, aufgehoben habe. Es werde vorliegend ein Transfer der kantonalen Bestimmung zur Gemeindeebene vorgenommen, mit gleich bleibenden Argumenten und Auswirkungen, wie sie bis anhin bereits bestanden hätten. Der Gemeinderat habe ursprünglich eine Taxe von CHF 100.00 vorgeschlagen. Nach dem Aktenversand für die Sitzung sei dann ein Antrag eingegangen, die Höhe auf CHF 100.00 bis CHF 150.00 festzulegen. Der Gemeinderat könne sich diesem Antrag gut anschliessen und habe festgestellt, dass er in Zukunft – statt wie bisher der GGR im Rahmen des Voranschlags – die Hundetaxe genau bestimmen werde.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, weitere Wortmeldungen, anschliessend absatzweise Durchberatung des geänderten Artikels. Über Änderungsanträge werde jeweils sofort abgestimmt.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Beat Schneider dankt dem Gemeinderat im Namen der SP-Fraktion, dass er auf den Antrag der SP eingegangen sei und diesen so übernommen habe. Die SP sei der Ansicht gewesen, es mache keinen Sinn, im Reglement einen Fixbetrag festzulegen, womit bei jeder Anpassung der Taxe das Reglement hätte geändert werden müssen.

Peter Kneubühler (FDP) führt aus, die Ausgangssituation habe sich geändert, indem ein Antrag von "CHF 100.00 bis CHF 150.00" eingereicht worden sei. Es sei nicht abgesprochen mit der Fraktion, aber er wolle mitteilen, dass er einerseits Hundebesitzer und andererseits absoluter Verfechter des Verursacherprinzips sei. Bei der vorliegenden Hundetaxe handle es sich um eine Benützungsgebühr für Infrastruktur und Dienstleistung im Sinn einer Pauschale. Dies sei vergleichbar mit einer Autobahnvignette oder mit einem SBB-GA. Man könne also für diese Gebühr etwas so viel brauchen, wie man wolle, oder man könne es auch nicht gebrauchen. Das angewendete Verursacherprinzip sei zwar richtig, da der Hundebesitzer Infrastruktur und Dienstleistung zu bezahlen habe. Es sei aber überhaupt nicht differenziert. Es differenziere nicht, wie viel die Infrastruktur und die Dienstleistungen beansprucht würden und es differenziere vor allem nicht, um was für einen Hund es sich handle. Es gebe ganz verschiedene Hunde, wie wohl allen klar sei. Eine Nachbarin von ihm habe zwei kleine Rehpinscher mit einem Gewicht von vielleicht je 2-3 kg. Werde die Taxe auf

CHF 150.00 festgelegt, bezahle diese Hundehalterin also CHF 300.00. Ob sie die Dienstleistungen beanspruche, sei dahingestellt, aber diese kleinen Hunde würden nicht viel Dreck verursachen. Ebenfalls in seiner Nachbarschaft sei jemand mit einer Deutschen Dogge, die ein Gewicht von 40 kg oder mehr aufweise. Er selber sei Halter eines Hundes von vielleicht 10 kg. Die Benützung der Infrastruktur könne nicht gut überprüft werden, aber eine Differenzierung bei den Hunden könnte immerhin geprüft werden. Er stelle den Antrag, der Gemeinderat solle prüfen, wie hoch der Aufwand wäre, wenn eine Taxe von CHF 50.00, CHF 100.00 und CHF 150.00 vorgesehen und nach Gewicht der Hunde differenziert würde. Er stelle deshalb einen Rückweisungsantrag. Nicht jeder Hund verursache gleich viel Dreck. Jemand mit zwei kleinen Rehpinschern müsste eventuell CHF 300.00 bezahlen und jemand mit einer grossen Dogge nur CHF 150.00. Seiner Meinung nach stimme doch da etwas nicht.

Thomas Hanke erklärt, man könnte schon probieren, eine Vollkostenrechnung aufzustellen, einfach mit dem Erfolg, dass diese Vollkostenrechnung entsprechend die Grundgebühr erhöhen würde. Wenn man für jeden Hund, der in die Gemeinde ziehe, noch eine geeichte Waage usw. hinstellen müsste, stosse die Durchführbarkeit des Verursacherprinzips an ihre Grenzen. Diese Grenzen würden sich höchstwahrscheinlich in erhöhten Gebühren auswirken. Man habe einen pragmatischen Ansatz mit einer Taxe von CHF 100.00 pro Hund gewählt. Damit würden von der Gemeinde – wie ihm der frühere Gemeindepräsident jeweils genüsslich unter die Nase reibe – noch gut 2 Franken gesponsert. Wir seien bekannt für pragmatische und vernünftige Lösungen. Wenn man einen Hund halte, so benötige man die Infrastruktur, ob es sich nun um einen grossen oder um einen kleineren Hund handle und ob er sein Geschäft nun viel oder wenig erledige. Er sei für eine einfache Lösung und bitte in diesem Sinn, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Beschluss

Der Rückweisungsantrag von Peter Kneubühler (FDP) wird mit 36:1 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird für weitere Wortmeldungen nicht verlangt.

Absatzweise Beratung des geänderten Artikels

Abs. 1

Keine Bemerkungen

Abs. 2

Roman Sigrist (FDP) führt aus, er sei mit dem Inhalt von Abs. 2 an sich einverstanden, finde es aber vom Redaktionellen her etwas unschön, indem im ganzen Artikel von einer "Taxe" die Rede sei, im vorliegenden Absatz aber plötzlich von einer "Gebühr". Er stelle daher – um künftige Missverständnisse zu vermeiden – den Antrag, auch hier den Begriff "Taxe" zu verwenden.

Thomas Hanke erklärt, er habe rasch im kantonalen Gesetz nachgeschaut. Dort sei immer von "Hundetaxe" und nirgends von "Gebühr" die Rede. Die Formulierung könne angepasst werden.

Antrag Gemeinderat neu (2. Satz von Abs. 2):

Der Gemeinderat legt die Höhe der Taxe fest.

Peter Kneubühler (FDP) führt aus, aufgrund des im Nachhinein eingegangenen Antrags (jährliche Taxe von CHF 100.00 bis CHF 150.00), den er vorher nicht ge-

kannt habe, stelle er folgenden Abänderungsantrag: *"Die jährliche Taxe pro Hund beträgt CHF 50.00 bis CHF 150.00. Der Gemeinderat legt die Höhe der Taxe fest"*. CHF 100.00 wären ja offenbar ausreichend gewesen, sonst hätte der Gemeinderat diesen Betrag nicht vorgeschlagen. Wenn er nun die Höhe der Taxe auf CHF 150.00 ansetzen würde, wären die Einnahmen zu hoch. Daher müsste auch die Möglichkeit bestehen, etwas weniger zu verlangen, falls die Einnahmen zu hoch wären.

Abstimmung über

1. Antrag von Peter Kneubühler (FDP)
Die jährliche Taxe pro Hund beträgt CHF 50.00 bis CHF 150.00.
2. Antrag Gemeinderat
Die jährliche Taxe pro Hund beträgt CHF 100.00 bis CHF 150.00.

Beschluss

Der Antrag des Gemeinderats wird mit 36:1 Stimmen angenommen.

Abs. 3

Keine Bemerkungen

Abs. 4

Daniel Bärtschi (FDP) führt aus, in Abs. 4 würden die Ausnahmen sehr detailliert beschrieben. Es gebe aber eine weitere Organisation namens "Redog", die Teil der Rettungskette Schweiz sei. Die Organisation gehe weltweit bei Erdbeben Leute orten, komme aber auch in der Schweiz zum Einsatz. So sei sie beispielsweise in Steffisburg, als ein Haus durch eine Gasexplosion zusammengefallen sei, relativ schnell vor Ort gewesen und habe nach verschütteten Hausbewohnern gesucht. Sein Antrag sei dementsprechend, dass "Lawinen-", durch "Ortungs-, (Lawinen- und Geländesuchhunde)" ersetzt werde.

Zweitens habe er eine Frage an den Gemeinderat: Ob die Blindenhunde in Art. 13 Abs. 3 Hundegesetz bereits von der Steuer ausgenommen seien? Über die Notwendigkeit und den Sinn von Blindenhunden müsse wohl nicht diskutiert werden.

Thomas Hanke erklärt, er habe mit dem Antrag von Daniel Bärtschi kein Problem. Man habe einfach die bisherige Regelung übernommen. Sie sei schon etwas älter; früher habe man mit einem Lawinenhund alles abgedeckt, heute werde dies präzisiert. Die Blindenhunde seien durch Art. 13 Abs. 3 Hundegesetz von der Steuer ausgenommen: "Es wird keine Hundetaxe erhoben für Hilfs- und Begleithunde von Menschen mit einer Behinderung".

Antrag Gemeinderat neu:

In Ergänzung des kantonalen Ausnahmekatalogs (Art. 13 Abs. 3 Hundegesetz) sind auch für Polizei-, Ortungs- (Lawinen- und andere Rettungshunde), Sanitäts-, Militär- und Therapiehunde keine Taxen zu entrichten, sofern sie zum Einsatz angefordert werden können.

Abs. 5

Keine Bemerkungen

Das Schlusswort wird von Thomas Hanke nicht verlangt.

Beschluss (36 Ja / 1 Enthaltung)

Die Teilrevision des Ortspolizeireglements wird erlassen. Sie tritt per 1. März 2013 in Kraft.

5 Ortsplanungsrevision; Aufhebung der parlamentarischen Kommission

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke bedankt sich als gemeinderätlicher Sprecher bei den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die sich zur Verfügung gestellt hätten, in dieser Kommission mitzuwirken. Leider sei am Schluss nicht der gewünschte Erfolg eingetreten, aber die Arbeit der parlamentarischen Kommission sei – soweit er dies retrospektiv beurteilen könne – gut gewesen. Der Gemeinderat behalte sich vor, in einer ähnlichen Situation wieder ein ähnliches Vorgehen zu wählen.

Der Vorsitzende informiert, an dieser Stelle würde dem Präsidenten der aufzulösenden Kommission das Wort zustehen. Marc Kästli habe sich, wie bereits gehört, für die Sitzung entschuldigen müssen und er habe auf eine Stellungnahme auch schriftlich verzichtet.

Eintreten wird nicht bestritten.

Marcel Kämpf führt aus, die forum-Fraktion sei mit der Aufhebung der nichtständigen Kommission einverstanden, habe dazu aber an den Gemeinderat und ans Parlament zwei Bemerkungen.

1. Die Vertreter des Parlaments müsste man, sollte man wieder einmal so etwas machen, frühzeitig in dieser Form mit einbeziehen. Dies umfasse die Terminierung des Vorhabens – also in welchen Zeitabständen die nächsten Schritte geplant seien – und Teilaspekte aus der Ortsplanungsrevision heraus wie Baugesetz, Zonenplan, Richtpläne, Einzelvorhaben, die man separat zur Abstimmung bringen möchte (Schürmatt, Thoracker, etc.).
2. Es handle sich um etwas, was er gehört habe; er sei selber nicht in dieser Kommission gewesen: Die Kommission sollte nicht einfach zum Sprachrohr des Gemeindepräsidenten oder des Gemeinderats werden, um als Kommunikationsorgan weitere Kreise darüber zu informieren, was vor sich gehe.

Christian Spycher bedankt sich namens der SVP-Fraktion bei der parlamentarischen Kommission für ihre umsichtige Arbeit, welche leider vom Stimmvolk nicht so bestätigt worden sei. Der Gemeinderat sei nun gefordert, dringende Anpassungen im Rahmen des Baureglements und der Grundordnung einzeln zu behandeln, wie z.B. das Biglerareal. Die Firma Bigler erbringe im öffentlichen Bereich Dienstleistungen, entspreche aber im Rahmen der Grundordnung/Zone dem Standort nicht.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Thomas Hanke nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die parlamentarische Kommission Ortsplanungsrevision wird - mit dem besten Dank für die geleistete Arbeit - aufgehoben.

6 Schulanlage Aebnit, Fensterersatz Pavillon Nord und Pavillon Süd; Kreditabrechnung

Der Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Barbara Künzi verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Kreditabrechnung für den Fensterersatz Pavillon Nord und Pavillon Süd der Schulanlage Aebnit wird genehmigt. Bei einem bewilligten Kredit von CHF 580'000.00 schliesst diese mit Kosten von CHF 454'746.95 (Kreditunterschreitung von CHF 125'253.05).

7 2. Standort Tagesschule in der Schulanlage Horbern; Abrechnung Objektkredit

Der Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Barbara Künzi erklärt als gemeinderätliche Sprecherin, es sei schon lange her, dass die Tagesschule in der Schulanlage Horbern fertiggestellt sei und die Kreditabrechnung liege relativ spät vor. Der Grund liege darin, dass letztes Jahr, als sie ihr Amt angetreten habe, festgestellt worden sei, dass in der Tagesschule ein Wärmeproblem bestanden habe. Man habe den Kredit nicht abrechnen wollen, bevor dieses Problem habe gelöst werden können, was nun erfolgt sei.

Eintreten wird nicht bestritten.

Isabelle Gossweiler führt aus, die FDP/jf-Fraktion habe mit Freude die Kreditunterschreitung von CHF 140'000.00 zur Kenntnis genommen. Die Realisierung der zweiten Tagesschule in der Schulanlage Horbern – ein Geschäft, welches von der FDP unterstützt und damals durch sie selber vertreten worden sei – sei mit den budgetierten CHF 1,6 Mio. auch für unsere Gemeinde nicht ein alltägliches Geschäft gewesen. Die Tagesschule habe aber innert kürzester Zeit umgebaut werden können und sei rechtzeitig für ihren Betrieb bereit gewesen. Trotzdem seien einige Nachbesserungen und Mängelbehebungen nötig gewesen, die jedoch unter Garantiarbeit erledigt worden seien und uns nichts gekostet hätten. Es habe sich zwar um ein teures Geschäft gehandelt, schlussendlich aber um ein gelungenes.

Martin Häusermann erklärt, auch die forum-Fraktion sei erleichtert, dass die Abrechnung der 2. Tagesschule unter dem Kostenvoranschlag abschliesse. Einige der Anwesenden würden sich möglicherweise an die kritischen Voten anlässlich der Kreditfreigabe im August 2009 erinnern. Auch das forum habe damals die hohen Kosten bemängelt und Ansätze zur Kostenoptimierung vorgeschlagen. Offenbar sei dies den Verantwortlichen gelungen, dafür gebühre ihnen Dank. Es erscheine angebracht, an dieser Stelle auch etwas zur Projektumsetzung zu sagen, gelte es doch, für zukünftige ähnliche Projekte die Lehren zu ziehen. Die Nutzer einer Baute müssten frühzeitig in das Projekt einbezogen werden und der Umbau müsse auf die Bedürfnisse der zukünftigen Nutzer ausgerichtet sein. Im vorliegenden Fall also eine kindergerechte und funktionale Ausgestaltung, welche sich im praktischen Alltag bewähre. Dies scheine hier nicht vollständig gelungen zu sein; zum Teil seien die An-

ordnung und Materialisierung nicht optimal gewählt worden. Dies könne unter Umständen auch zu höheren Unterhalts- und Betriebskosten führen. Dass bei einem Bau Fehler im Raumprogramm zu einer Kostenfolge führen würden, sollte tunlichst vermieden werden. Es bleibe zu hoffen, dass sich die erfolgte Optimierung bezüglich der Raumtemperatur im Obergeschoss an Sommertagen bewähre und damit ein erträgliches Raumklima ermöglicht werde. Abschliessend dürfe aber auch erwähnt werden, dass sich der Standort Horbern bewährt habe. Inzwischen würden 72 Kinder darin betreut und die Nähe zur Schule wirke sich sehr positiv aus. Heute wisse man auch, dass die gewählten Dimensionen erforderlich gewesen seien. Die forum-Fraktion werde die Abrechnung genehmigen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Barbara Künzi nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Kreditabrechnung betreffend 2. Standort Tagesschule der Schulanlage Horbern wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Kredit von CHF 1'632'000.00 mit Kosten von CHF 1'491'287.50 ab (Kreditunterschreitung von CHF 140'712.50).

8 Sporthalle Moos, Sanierung des Flachdachs; Kreditabrechnung

Der Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Barbara Künzi verweist als gemeinderätliche Sprecherin auf das nachfolgende Geschäft. Dort seien Kosten für die Überprüfung der Statik erwachsen. Diese seien – wie Ziff. 2 Abs. 2 auf Seite 1 der Botschaft entnommen werden könne – unter dem vorliegenden Kredit abgerechnet worden.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Kreditabrechnung für die Dachsanierung der Sporthalle Moos wird genehmigt. Bei einem bewilligten Kredit von CHF 795'000.00 schliesst diese mit Kosten von CHF 580'621.90 (Kreditunterschreitung von CHF 214'378.10).

9 Motion Gautschi (forum); Unabhängige Prüfung Statik Moosturnhalle

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Barbara Künzi führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, sie wiederhole nicht, was in der Botschaft und was im Gutachten stehe. Sie könne aber versichern, dass Sicherheitsfragen im Gemeinderat höchste Priorität geniessen würden. Ein Blick zurück auf die letzte Woche – wettermässig – zeige, dass es heftig geschneit habe und Muri ein ruhiges Dorf geworden sei, in welchem alle Geräusche durch den Schnee abgedämpft worden seien. Und so habe dann das Dach ausgesehen (*zeigt ein Foto*). In Bezug auf die Sicherheit des Dachs bei diesem Schneefall hätten Heinz Kehrwand, Andreas Friderich und Martin Grütter in ständigem Kontakt gestanden. Es sei gemessen worden, 18 cm (*zeigt ein Foto*) und es sei gewogen worden (*zeigt ein Foto*), denn es sei wichtig, wie schwer der Schnee sei; "powder champagne" aus den Rocky Mountains sei nicht gleich schwer, wie Nassschnee. Nicht zuletzt sei auch gerechnet

worden (*zeigt eine Excel-Tabelle*). Man habe den Inhalt der Röhre, die man auf die Waage gestellt habe, gemessen und herausgefunden, dass das Gewicht 32 kg/m^2 betragen habe. Die Messungen hätten wie gesagt eine Schneehöhe von 18 cm ergeben, die Wägungen 32 kg/m^2 , als der Schnee am höchsten und am schwersten gewesen sei. Erlaubt seien aber, wie das Gutachten ausführe, 116 kg/m^2 Schneelast auf einer Höhe von 568 m.ü.M. (Höhe der Schulanlage Moos). Mit 32 kg/m^2 seien wir weit unter diesem Wert. Nicht zulässig wäre aber, das Dach zu begrünen oder eine Photovoltaikanlage zu montieren.

Soweit zur Dachlast. Eine weitere Frage, die ihr gestellt worden sei und die in der Botschaft auch nicht beantwortet werde, sei diejenige der Lebensdauer dieses Tragwerkes. Sie sei nicht allwissend und habe schlichtweg keine Antwort darauf. Fest stehe jedoch, dass ein Gebäude – sei es nun diese Halle, seien es die Häuser, in denen die Anwesenden wohnen würden – eine lange Lebensdauer habe, sofern es gut unterhalten und kontrolliert werde. Denke man an die Berner Altstadt, denke man an all die Überbleibsel der alten Römer oder Griechen, die noch vollständig seien und bewundert werden könnten. Sie alle würden ihre Lebensdauer den Menschen verdanken, die dazu schauen würden. Und dies werde man bei der Mooshalle ebenfalls tun.

Marcel Kämpf (forum) erklärt, er könne es ganz kurz machen, da Barbara Künzi eigentlich schon alles gesagt habe, was er sonst gesagt hätte; er sei sehr froh. Das forum sei dankbar für die erhaltenen Unterlagen, auch wenn man sie vielleicht nicht im Detail verstehe. Sie würden aber aufzeigen, wie die Risikoanalyse gemacht worden sei. Wenn er die Unterlagen etwas genauer studiert hätte – was er im vorliegenden Fall nicht gemacht habe, da er dies an der Uni eigentlich abgeschlossen habe – wäre er vermutlich schon nachgekommen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Barbara Künzi nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion Gautschi (forum): Unabhängige Prüfung Statik Moosturnhalle wird abgeschrieben.

10 **Jugendmotion: Einführung des Jugendcafés (JUCA-Cafés) im "Gümü-Treffpunkt"**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Patricia Gubler führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, der Gemeinderat sei – wie die GGR-Mitglieder wüssten – Jugendmotionen gegenüber immer sehr offen und sei froh, wenn sich die Jugendlichen in der Politik engagieren würden. Wenn aber ein nächstes Mal Motionen wie die vorliegende, welche eigentlich keine echte Motion sei und mit einem Telefon an die Fachstelle beantwortet werden könnte, eingereicht würden, würde sich der Gemeinderat eventuell vorbehalten, einen derartigen Vorstoss von Anfang an abzuschreiben.

Der Vorsitzende erklärt, theoretisch hätten nun die Jugendmotionäre das Wort. Er stelle aber fest, dass niemand anwesend sei.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Jugendmotion Einführung des Jugendcafés (Juca-Cafés) im "Gümu-Treffpunkt" wird abgeschrieben.

11 Motion Schmitter (FDP-Fraktion) zur Sanierung des Burgernzielkreisels und der dort hinführenden Achsen; Zwischenbericht

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Schmitter (FDP) bedankt sich beim Gemeinderat und bei der Verwaltung dafür, dass sie die Entwicklung, die sich abspiele, aufmerksam verfolgen würden. Es erscheine ihm wichtig, dass hier nichts verpasst werde, was für viele Gemeindebürger zu einschneidenden Beeinträchtigungen führen könnte. Dem Antrag des Gemeinderats auf Kenntnisnahme stimme er zu.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zur Motion Schmitter (FDP-Fraktion) zur Sanierung des Burgernzielkreisels und der dort hinführenden Achsen wird Kenntnis genommen.

12 Motion/Postulat SP-Fraktion: Gezielte Förderung von Solaranlagen; Zwischenbericht

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Pia Aeschimann verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Beat Schneider (SP) erklärt, er wolle einfach nur sagen: "Freude herrscht", dass nun Bewegung in diese Thematik komme. Erwähnenswert seien auch noch die sinnvollen Infoanlässe, die zum Thema geplant seien. Demnächst solle ja der Solarkataster auf der Website aufgeschaltet werden. Wenn man aber auf unserer Website die Energiethemen suche, müsse man schon ziemlich genau wissen, wo diese zu finden seien und angeklickt werden könnten. Vielleicht ergebe sich in diesem Rahmen ja ein etwas prominenteres Positionieren der Energiethemen auf unserer Website.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zur Motion / zum Postulat SP betreffend gezielte Förderung von Solaranlagen wird Kenntnis genommen.

13 Motion Näf (SP): Stopp Fluglärm in der Nacht!

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Pia Aeschimann führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, ganz am Schluss der Botschaft heisse es, der Gemeinderat werde vorstellig werden. Der Gemeinderat sei vorstellig geworden resp. er habe am 21. Januar 2013 einen Brief ans BAZL geschickt. Der Gemeinderat habe dem BAZL geschrieben, die Lärmbelastung habe

durch die Zunahme des Linien- und Charterverkehr stark zugenommen und er habe auch festgehalten, dass sich die Reklamationen gehäuft hätten, insbesondere aufgrund der Flugbewegungen zu Randzeiten und durch den Einsatz grösserer Flugzeuge. In seinem Brief verlange der Gemeinderat, dass er Gelegenheit für eine Stellungnahme erhalte, wenn das Betriebsreglement im Jahr 2016 überarbeitet werde und dass das Betriebsreglement öffentlich aufgelegt werde. Zudem verlange er eine rasche Überprüfung der Einführung des GPS-gestützten Anflugverfahrens, was eventuell verschiedene Anflug- bzw. Abflugvarianten ermöglichen solle. Ende Januar sei seitens des BAZL ein Antwortschreiben eingegangen, in welchem das BAZL mitteile, dass das Betriebsreglement eventuell schon früher überprüft werde, und zwar, falls sich aufgrund der satellitengestützten Anflugverfahren oder beim Ausbau der 4. Etappe Änderungen im Flugbetrieb ergeben sollten. Das Verfahren der Überprüfung des Betriebsreglements richte sich nach dem Luftfahrtgesetz und demgemäss hätten die Gemeinden das Recht, sich daran zu beteiligen. Der Gemeinderat werde "dranbleiben" und beantrage die Überweisung der Motion als Postulat.

Virtudes Näf (SP) erklärt, sie sei mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden. Sie danke dem Gemeinderat für die Anfrage und die Abklärungen beim Bundesamt für Zivilluftfahrt. Viele Menschen in unserer Gemeinde würden unter dem Fluglärm leiden. Es sei wichtig, dass alles Mögliche gegen die Zunahme der Flüge, gegen den Einsatz von grösseren Flugzeugen und vor allem gegen die Nachtruhestörungen unternommen werde. Sie nehme zur Kenntnis, dass eine Differenz bestehe zwischen der Auskunft, die der "Bund" mündlich vom BAZL erhalten habe und der Antwort des BAZL auf die Nachfrage der Gemeinde Muri. Wichtig sei, dass sich der Gemeinderat für die Interessen der Bevölkerung einsetze – und sie sehe, dass dies gemacht werde –, falls eine Anfrage eintreffe, sei es vom Kanton oder direkt vom BAZL. Da erscheine ihr nun die Antwort des Gemeinderats etwas zögerlich, wenn er schreibe, er wolle von Fall zu Fall entscheiden. Man müsse nämlich davon ausgehen – entsprechend der Verordnung über die Infrastruktur der Luftfahrt –, dass nur Anfragen eintreffen würden, wenn ein grosser Ermessensspielraum vorliege. Ganz bestimmt werde bei Notfällen oder anderen schwierigen Situationen keine Anfrage bei der Gemeinde eintreffen. Es gehe letztlich in ihrem Vorstoss nur um Sonderbewilligungen aufgrund wirtschaftlicher Interessen oder für den Komfort, z.B. einer ausländischen Sportmannschaft. Grundsätzlich sei sie froh, dass der Gemeinderat beim Kanton die Forderung stelle, bei Ausnahmegewilligungen für Nachtflüge einbezogen zu werden. Mit dem erwähnten Vorbehalt sei sie – wie bereits erwähnt – einverstanden mit der Überweisung der Motion als Postulat und freue sich auf einen engagierten Einsatz der Gemeinde gegen die Lärmbelastung durch den Flughafen Belp.

Peter Kneubühler (FDP) führt aus, er habe zwei Bemerkungen anzubringen:

1. Das "GPS-gestützte Anflugverfahren" töne wahnsinnig gut. Er wolle einfach den Gemeinderat darauf hinweisen, dass dies nicht zu einer gemeindeinternen Verlagerung des Flugverkehrs führen sollte. Man merke heute schon, dass der Flugverkehr je länger desto mehr – weniger im Winter, aber vor allem im Sommer / Herbst – übers Melchenbühl führe, was natürlich nicht vergleichbar sei mit den Tiefanflügen über die Villa Mettlen oder mit den Abflügen über das Muribad. Dennoch würden sie relativ tief fliegen und er habe sich von einem Reglement erzählen lassen, in welchem stehe: "avoid overflying Rubigen". Also aufgepasst: "GPS-gestützt" töne super gut, aber wenn möglich nicht über bewohntes Gebiet, sondern vielleicht über den Dentenberg oder wo auch immer, er wisse auch nicht wo genau. Es sei klar, niemand wolle den Lärm und wenn er damit gemeindeintern verteilt würde, so wäre dies sicher keine gute Lösung.
2. Er verstehe den zweitletzten Absatz der gemeinderätlichen Stellungnahme nicht ganz. Der Gemeinderat könne ja gar nicht von Fall zu Fall entscheiden, da er gar nicht gefragt werde. Er habe diesen Absatz nicht begriffen. Aber vielleicht sage man ihm: "Doch, wir werden gefragt und wir dürfen von Fall zu Fall mitent-

scheiden, ob Starts während der Nachtflugsperrung durchgeführt werden dürfen oder nicht". Ansonsten könnte man diesen Absatz eigentlich weglassen, wenn der Gemeinderat nicht mitreden könne.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Pia Aeschmann führt aus, der Kanton könnte die Gemeinde anfragen; der Bund sehe keine Anfragen bei den Gemeinden vor. Die Meinung sei die, dass bei allfälligen Anfragen des Kantons von Fall zu Fall entschieden würde.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Näf (SP): Stopp Fluglärm in der Nacht! wird überwiesen.

14 Postulat forum-Fraktion: "einheitliches" Schulwesen in der Gemeinde Muri bei Bern; Zwischenbericht

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Stephan Lack verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Das Wort wird seitens der forum-Fraktion nicht verlangt.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zum Postulat forum-Fraktion: "einheitliches" Schulwesen in der Gemeinde Muri bei Bern wird Kenntnis genommen.

15 Postulat Kauth / Raaflaub (FDP) betr. "Sanierung" Füllerichstrasse, Gümligen

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Ruth Raaflaub (FDP) bedankt sich für die Antwort des Gemeinderats resp. von Ernst Soltermann und sie könne mitteilen, dass die Postulanten mit der Abschreibung des Vorstosses einverstanden seien. Trotzdem finde sie, dass es bei der Sanierung einer doch relativ wichtigen Strasse auf längere Sicht nicht damit getan sei, Kosmetik zu betreiben. Es sei aus finanziellen Überlegungen sicherlich nachvollziehbar, dass man im Moment eine nachhaltige Sanierung habe hinauszögern wollen. Sie hoffe aber, dass das Manko bald behoben werde und man den Deckbelag anbringen lasse, der die Abrollgeräusche der Fahrzeuge merklich vermindere, auch wenn der Lärmgrenzwert nicht überschritten werde.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Kauth / Raaflaub (FDP) betr. "Sanierung" Füllerichstrasse, Gümligen wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

16 Informationen des Gemeinderats

Autobahnanschluss A6 Muri / Verkehrsmassnahmen / Berichterstattung des Gemeinderats

Der Vorsitzende verweist auf die verteilten Informationen. Christian Staub werde dazu das Wort ergreifen und sei anschliessend bereit, kurze Verständnisfragen zu beantworten. Er mache darauf aufmerksam, dass es sich nicht in dem Sinn um ein traktandiertes Geschäft handle, welches jetzt beraten werde. Es gehe nur um Verständnisfragen und zu diesem Zweck sei auch der Bereichsleiter Ernst Soltermann anwesend.

Christian Staub führt aus, die schriftliche Berichterstattung des Gemeinderats sei allen Ratsmitgliedern verteilt worden. Er erlaube sich, hier mündlich noch einige zusätzliche Ausführungen zu machen. Im überwiesenen Postulat Manz vom 20. März 2012 sei Folgendes vom Gemeinderat gewünscht worden: *"Der Gemeinderat wird gebeten, im Falle der Umsetzung "Zubringerdienst Feldstrasse" dem Grossen Gemeinderat vor der Realisierung einen Bericht über die geplante Umsetzung beziehungsweise über die flankierenden Massnahmen im Hinblick auf die Verkehrssituation in anderen Quartieren zur Kenntnisnahme vorzulegen"*. In Form dieser nun vorliegenden schriftlichen Berichterstattung sei der Gemeinderat dieser Aufforderung nachgekommen und gleichzeitig könnten alle Parlamentsmitglieder, einschliesslich der anwesenden Pressevertreterinnen, auf denselben Informationsstand gebracht werden. Mit der mündlichen und schriftlichen Berichterstattung werde das Postulat Manz erfüllt. Die Orientierung sei mit dem ASTRA (Bund) sowie dem Tiefbauamt des Kantons Bern abgesprochen.

Die hier aufgeführten Massnahmen seien das Resultat einer intensiv geführten Auseinandersetzung innerhalb der speziell dafür gebildeten Begleitgruppe. Diese Begleitgruppe habe sich aus je zwei Vertretungen der politischen Parteien sowie aus je zwei Vertretungen der Quartierleiste, der kompletten Planungs- und Verkehrskommission, der Baukommission und der Umweltschutzkommission zusammengesetzt. Ebenso vertreten seien der Kanton Bern mit dem Tiefbauamt und die KAPO mit einem Vertreter gewesen. Aus der Gemeinde Worb seien ebenfalls zwei Personen anwesend gewesen; dabei sei es vor allem um den Scheyenholz-Kreisel gegangen. Im Rahmen der Behandlung in der Planungs- und Verkehrskommission seien grossmehrheitlich die Absichten der Begleitgruppe bestätigt und zu Händen des Gemeinderats verabschiedet worden. Der Gemeinderat habe sich intensiv mit den geplanten Massnahmen befasst und aufgrund der technischen und rechtlichen Machbarkeit, der Zumutbarkeit für alle Verkehrsteilnehmer, der Zielerreichung aufgrund des bestehenden Handlungsbedarfs, der Kosten sowie vor dem Hintergrund der von Bund und Kanton vorgesehenen Lösungen den nun vorliegenden Massnahmenkatalog verabschiedet.

Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass mit den von ihm beschlossenen Massnahmen nicht alle gestellten Forderungen erfüllt werden könnten. Er sehe sich aber darin bestätigt, dass dadurch eine merkliche Entlastung auf dem heute mit einem sehr hohen Verkehrsaufkommen von gegen 8'000 Fahrzeugen pro Tag belasteten Strassenabschnitt der Feld- und der Tannackerstrasse erreicht werden könne, ohne dass dabei andere Strassen von zusätzlichem Verkehr "überrollt" würden. Dass dabei eine Verlagerung mit der konsequenten Lenkung und Steuerung auf die Hauptachsen – also auf die Worbstrasse und auf die T10 – erfolge und so die Fahrzeuge direkt auf das übergeordnete Kantons- und Autobahnnetz geleitet werden könnten, erachte der Gemeinderat als wesentliche Verbesserung für den MIV. Grossen Wert lege der

Gemeinderat auch auf das "Danach", also die Erfolgskontrolle nach der Umsetzung der Massnahmen. Mit Messungen und Kontrollen sollten diese durchgesetzt werden.

Wie unter Punkt 5 beschrieben, sehe das Zeitregime Verfahrensschritte zur Publikation vor. Die einzelnen Schritte aller drei am Gesamtprozess beteiligter Amtsstellen – Kanton, Bund, Gemeinde – seien aufeinander abgestimmt. Die die Gemeinde betreffenden Massnahmen würden im Mai 2013 aufgelegt bzw. publiziert.

An dieser Stelle dürfe er noch auf eine geplante öffentliche Veranstaltung hinweisen, an welcher Vertreter des Bundes, des Kantons und der Gemeinde über die Massnahmen informieren würden. Die Veranstaltung finde am Montag, 6. Mai 2013, abends, statt. Ort und genaue Zeit würden noch publiziert. Er danke dem Rat für die Kenntnisnahme und stehe nun noch für Fragen zur Verfügung.

Rolf Friedli (SVP) erkundigt sich bezüglich Punkt 4 Thorackerstrasse "Linksabbiegeverbot bei der Einmündung in die Thunstrasse (Richtung Thun)", wie man als Gümliger in Zukunft ins Muribad gelange.

Christian Staub erklärt, man müsse beim Stern nach rechts halten, um den Kreisel herum- und wieder zurückfahren.

Die Frage von Rolf Friedli, ob der Kreisel dies zu "schlucken" vermöge, wird von Christian Staub bejaht.

Ruth Raaflaub (FDP) führt aus, sie sei in dieser Begleitgruppe gewesen und habe sich – wie viele der Anwesenden auch – relativ stark eingesetzt. Sie komme nun nicht recht nach, was dies solle. Die Mitglieder der Begleitgruppe hätten heute das Papier erhalten. Sie habe heute schlichtweg keine Zeit gehabt, das Dokument zu lesen; sie habe noch anderes zu tun gehabt. Das Geschäft sei nicht nummeriert gewesen und sie habe gedacht, es komme sicher in der März-Sitzung. Jetzt würden die Ratsmitglieder informiert und aufgefordert, Fragen zu stellen. Sie denke relativ schnell und reagiere relativ schnell, aber sie sei im Moment ehrlich gesagt zu überfordert, um jegliche Fragen zu stellen oder überhaupt das Geschäft zu begreifen. Wahrscheinlich würden alle anderen viel schneller begreifen, sie sei schlichtweg überfordert.

Beat Wegmüller (SP) bedankt sich bei Christian Staub für die Information. Er habe eine Frage, die indirekt damit zusammenhänge: Ob man schon wisse, wie das ASTRA betreffend Bypass Ost resp. Tunnellösung entschieden habe? Dies habe einen gewissen Zusammenhang und interessiere natürlich die Bevölkerung ebenso stark, wie die vorliegenden Detailprojekte.

Christian Staub führt aus, er könne dazu keine konkrete Antwort liefern. Im Moment sei das Geschäft immer noch beim ASTRA, das das Massnahmenpaket zuhanden des Bundesrats gesamtschweizerisch aufbereite und insgesamt gut 5 Milliarden Franken für die Engpassbeseitigungen zur Verfügung stelle. Es werde dann entschieden, welche Projekte – es handle sich nicht nur um unseres – realisiert werden könnten. Er wage heute zu behaupten, dass aufgrund der spärlich verfügbaren finanziellen Mittel unser Projekt wohl nicht gerade an oberster Stelle stehe, obwohl es von der Priorität her sehr wichtig wäre. Dies sei nun Sache des ASTRA. Die Gemeinde habe ihre Einflussnahme soweit möglich im Rahmen der Behördendelegation – mit der Stadt Bern, mit dem Kanton, mit der Gemeinde Ostermündigen – beim ASTRA geltend gemacht. Ein Lobbyieren auf allen Ebenen, vor allem Richtung Bundeshaus, sei sicher angezeigt für alle, die irgendwo einen Zugang hätten. Diese sollten Kontakte nutzen und National- und Ständeräte für unser Bedürfnis sensibilisieren. Er wage hier keine Aussage zu machen, ob alles, etwas oder gar nichts unter den Boden komme; dies wäre im Moment Spekulation.

Beat Schmitter (FDP) erklärt, er hätte einen Vorschlag. Die Ratsmitglieder hätten soeben das Dokument erhalten und kaum jemand habe dieses studieren oder Fragen vorbereiten können. In Zukunft sollten derartige Informationen dem Versand der Sitzungsunterlagen beigelegt werden, damit sich die Ratsmitglieder anständig vorbereiten und Fragen formulieren könnten. Im vorliegenden Fall habe man das Dokument nur jetzt gerade schnell durchblättern können, was aber nicht seriös genug sei, um Fragen zu stellen. Er mache beliebt, am Schluss der nächsten Sitzung eine Fragerunde zu eröffnen, damit sich alle vorbereiten und ihre Fragen stellen könnten.

Peter Kneubühler (FDP) führt aus, er finde es grundsätzlich sehr gut, dass man mit einem solchen Papier in den GGR komme und die Ratsmitglieder Fragen stellen könnten. Es sei etwas, was viel bringe und könne dazu führen, dass gewisse Sachen nicht in einem Vorstoss münden würden. Eine Fragerunde erachte er also vom Grundsatz her als ein sehr gutes Vorgehen. Er müsse aber auch sagen, dass die heute gewählte Art nicht sehr glücklich sei, da die Ratsmitglieder einfach zu wenig Zeit gehabt hätten, das Papier anzuschauen und sich vorzubereiten; es würde einen gewissen Vorlauf brauchen. Er sei ebenfalls in dieser Begleitgruppe gewesen und habe sich mit den Fragen stark auseinandergesetzt. Es seien ihm nun zwei Sachen prima vista aufgefallen:

1. Es habe ihn wahnsinnig gefreut, dass sein Postulat betreffend Dennigkofenweg aufgenommen worden sei und verwirklicht werde, indem es eine Markierung von Radstreifen im Sinn einer Kernfahrbahnschaffung geben werde; dies bedeute ohne Mittelstreifen, analog der Aebnitstrasse. Dies sei hier vorgesehen, es handle sich um eine sehr gute Lösung und er freue sich, dass dies aufgenommen worden sei.
2. Er habe eine Frage, die er bereits in der Begleitkommission gestellt habe: Ob es weiterhin möglich sei, vom Melchenbühl her beispielsweise Leute zum Bahnhof zu bringen, wenn in der Dorfstrasse ein Zubringerdienstfahrverbot und ein solches auch in der Schulhausstrasse bei der "alten Teigi" bestehe? Und ob man dann auch wieder durch die Schulhausstrasse zurück ins Melchenbühl fahren könne?

Christian Staub erklärt, er wolle sich hier rechtlich nicht festlegen, vom Gefühl her würde er jedoch sagen, dass dies machbar wäre. Bei genauer Betrachtung würde er aber vorschlagen, via Worbstrasse - Haco-Kreisel - Unterführung zum Bahnhof zu fahren. Als Quartieranwohner könnte er eventuell auch den oberen Weg benützen, wobei er probieren müsste, eine Erklärung abzugeben, wenn ihm eine Busse angehängt werden sollte.

Thomas Hanke führt aus, wir seien beim Traktandum "Informationen des Gemeinderats". Die "deadline" wäre eigentlich die Publikation der Bauprojekte oder die Kommunikation des Infoanlasses. Der Gemeinderat sei nun der Meinung gewesen, das Parlament habe Anspruch darauf zu wissen, was kommen werde und habe deshalb beschlossen, eine "Information des Gemeinderats" zu machen. Der Rat möge es dem Gemeinderat nicht verübeln, dass er bei dieser Fülle an Informationen diese nicht allesamt mündlich vorgetragen, sondern schriftlich abgegeben habe, dies vor allem einmal zur Kenntnisnahme. Eine Fragerunde anlässlich der nächsten Parlamentssitzung schliesse er nicht aus, aber das Thema sei gewesen "Abgabe der Informationen zur Kenntnisnahme". Man habe auch beschlossen, den Mitgliedern der Begleitgruppe, die nicht mehr im Parlament oder ausserhalb des Parlaments seien, das vorliegende Papier heute per Post – rein auch zur Kenntnisnahme – zuzustellen, damit diese nicht via Presse oder indirekt erfahren würden, wie heute Abend informiert werde. Dies zum Verständnis, weshalb dies unter dem vorliegenden Traktandum vorgetragen werde. Aber anlässlich der nächsten GGR-Sitzung könne eine Fragerunde eröffnet werden.

Besichtigung Stadttheater

Thomas Hanke führt aus, er erinnere gerne noch einmal an die beiden Daten, an welchen das Stadttheater besichtigt werden könne. Es handle sich um den 7. März und den 11. März 2013. Die Besichtigung stehe ebenfalls den Parlamentariern von Köniz zur Verfügung, die einen Tag vor Muri – hoffentlich – den Kredit bewilligen würden.

Neuer Leiter Hochbau + Planung

Thomas Hanke informiert, Herr Sebastian Mävers als Nachfolger von Rolf Eberhard sei zurzeit noch daran, seine Masterarbeit zu schreiben. Deswegen werde es einen gestaffelten Stellenantritt geben. Herr Mävers trete die Stelle am 1. Juli 2013 mit einem Pensum von 80 % an und Rolf Eberhard arbeite noch während des ganzen Monats Juli zu 100 %. Die Masterarbeit von Herrn Mävers daure bis in den September hinein, weshalb er bis Ende September zu 80 % arbeite; er habe aber ab dem 1. August die volle operative Verantwortung. Rolf Eberhard arbeite in den Monaten August und September noch zu 20 %, bis Herr Mävers ab 1. Oktober 2013 zu 100 % arbeite.

17 Neue parlamentarische Vorstösse

Es werden keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

Mitteilungen

Der Vorsitzende informiert, die Ratsmitglieder hätten per Mail die Einladung für den Parlamentsausflug erhalten. Damit das Datum auch im Protokoll nachzulesen sei, sage er es noch einmal: Donnerstag, 27. Juni 2013, nachmittags und abends. Er beabsichtige, dass die Ratsmitglieder Einblick nehmen könnten, was die Institutionen im Siloah den Bürgerinnen und Bürgern anbieten würden. Es wäre schön, wenn möglichst viele Ratsmitglieder teilnehmen könnten.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Markus Bärtschi

Anni Koch